

Antrag Nr. 13-O-08-0035

SPD-Fraktion

Betreff:

Schulversorgung in Bierstadt (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten, für alle schulpflichtigen Kinder im Grundschulalter, die im Ortsbezirk Bierstadt wohnen, ein wohnungsnahes schulisches Angebot in Bierstadt sicherzustellen. Die Verlagerung von Teilen der Schülerschaft an die Ernst-Göbel-Schule in Kloppenheim, an die Konrad-Duden-Schule in Sonnenberg oder an die Fritz-Gansberg-Schule im Ortsbezirk Süd-Ost lehnt der Ortsbeirat ab.

Begründung

Der Ortsbeirat konnte bisher davon ausgehen, dass alle Kinder, die in Bierstadt wohnen, auch die Grundschule in Bierstadt besuchen können. Dies sollte, so der Kenntnisstand des Ortsbeirates, auch für die Kinder aus dem geplanten Baugebiet Bierstadt-Nord gelten. In einer Email des Schulamtes aus dem Jahre 2009 wird dazu die folgende Aussage getroffen: „ In Abstimmung mit der Schulleitung der Grundschule Bierstadt haben wir den Erweiterungsbau so konzipiert, dass er um ein weiteres Modul ergänzt werden kann. Dieser weitere Neubau kann dann den möglichen Schülerzuwachs aus „Neu-Wolfsfeld“ aufnehmen.“

Dieser Satz gilt nach der jüngsten Auskunft nicht mehr. Stattdessen ist geplant, die Schulbezirke im Bereich Bierstadt neu zuzuschneiden. Ein Teil der zu erwartenden Schüler aus dem Baugebiet soll zukünftig in Kloppenheim zur Schule gehen, der andere Teil soll nach Sonnenberg gehen. Zudem ist geplant, den Bereich um den Wartturm aus dem Schulbezirk Bierstadt auszugliedern und der Fritz-Gansberg-Schule im Ortsbezirk Süd-Ost zuzuschlagen. Der Ortsbeirat wurde über diese Veränderungen nicht informiert, obwohl er nach den Richtlinien für die Beteiligung der Ortsbeiräte bei der Veränderung der Schulbezirke zu beteiligen ist. Er widerspricht dieser Planung aus folgenden Gründen:

Der Ortsbeirat möchte, dass Zugezogene, wie die Bewohnerinnen und Bewohner des Baugebietes Bierstadt-Nord, sich nach Bierstadt orientieren, dort wo z.B. ihre Kirchengemeinde oder ihr Sportverein sein wird. Für diese Orientierung ist die Schule ein wichtiger Baustein. Die Schulversorgung ist daher eine zentrale Frage der Ortsentwicklung.

Die Leistung der Grundschule beschränkt sich nicht auf das Erlernen elementarer Fähigkeiten wie Lesen und Schreiben. Sie leistet auch einen wichtigen Beitrag für die Identifikation der Schülerinnen und Schüler mit ihrem Ortsteil. Grundschulkindern in Bierstadt erleben im Schulalltag eine dichte Vernetzung mit den Bierstadter Kirchengemeinden, den vier Kindertagesstätten sowie den Bierstadter Vereinen. Die Kinder lernen im Schulunterricht die Geschichte Bierstadts kennen und üben im Bierstadter Straßenverkehr das Fahrradfahren. Eine Beschulung vor Ort ist aus pädagogischer Sicht notwendig, um die Kinder in Bierstadt zu integrieren und ihnen Heimat zu geben. Dies gilt auch für die Kinder aus dem Baugebiet Bierstadt-Nord, dass auf Grund seiner räumlichen Lage und seiner Anbindung zweifelsfrei ein Teil von Bierstadt ist.

In der Schule werden Freundschaften geschlossen und Kontakte geknüpft, die auch außerhalb der Schulzeit weitergeführt werden. Dies betrifft sowohl die Grundschulkindern als auch deren Eltern.

Antrag Nr. 13-O-08-0035

SPD-Fraktion

Die Aufteilung der Kinder auf unterschiedliche Schulen erschwert das soziale Zusammenwachsen in der neuen Siedlung.

Die Entfernungen zwischen dem Baugebiet und den Schulen in Sonnenberg und Kloppenheim sind nicht kürzer als der Weg zur Grundschule in Bierstadt. Im Gegenteil: Der Weg nach Sonnenberg ist schon in der Luftlinie mehr als drei Kilometer lang. Der tatsächliche Schulweg ist noch länger, weil es keine direkte Wegeverbindung gibt. Eine direkte, fußläufige Verbindung fehlt auch zu der Schule in Kloppenheim. Kürzere Schulwege ergeben sich bei einer Veränderung der Schulbezirke lediglich für einen Teil der Schülerschaft aus der Fritz-Gansberg-Schule. Bei einem Schulbesuch in Kloppenheim oder Sonnenberg ist anzunehmen, dass ein Großteil der Kinder im Pkw gebracht wird, sofern die betroffenen Eltern nicht gleich auf private Schulen ausweichen, weil ihnen das städtische Angebot nicht zusagt. Beide Schulen sind mit dem öffentlichen Nahverkehr nicht umsteigefrei zu erreichen.

Es herrscht der Eindruck, dass die optimale Auslastung der umliegenden Schulen aus ökonomischen Gründen den Vorrang hat vor einem pädagogisch durchdachten Konzept. Diese Herangehensweise hält der Ortsbeirat für falsch.

Wiesbaden, 23.10.2013

Pahls
Fraktionssprecher